

Ist unsere Verfassung nicht mehr die Grundlage aller staatlichen Aktivitäten?

Nun sind sie also publiziert, die Argumente der Befürworter und Gegner der Selbstbestimmungsinitiative.

Grob zusammengefasst argumentieren die Befürworter, die Bundesverfassung lege, wie es sich für die Verfassung eines demokratischen Rechtsstaats gehört, sämtliche staatlichen Aktivitäten und deren Grenzen verbindlich fest, die Aussenpolitik und Verträge mit anderen Staaten und internationalen Organisationen inklusive.

Die Gegner argumentieren, Verträge und Konventionen mit ausländischen Partnern seien Völkerrecht und von der Pflicht ausgenommen, der Verfassung entsprechen zu müssen.

Nun, das Argument der Befürworter ist für jeden nachvollziehbar, der als Schüler im Staatskundeunterricht nicht geschlafen hat. Hingegen braucht es für die Herleitung des Arguments der Gegner schon eine recht akrobatische juristische Hermeneutik, insbesondere weil kein anderes zivilisiertes Land weltweit internationales Recht vorbehaltlos annimmt, wenn es mit der eigenen Verfassung kollidiert.

Wir sollten den Mut haben, nach ein paar Jahren rechtlicher und staatspolitischer Verlüderung unter dem Einfluss einer gewissen Globalisierungs- und EU-Euphorie die Dinge wieder in die seit 1848 bewährte Ordnung zu bringen. Die Selbstbestimmungsinitiative stammt zwar von der SVP, stinkt deshalb aber nicht nach Schwefel, und am 25.11. können wir mit einem Ja auch die Aussenpolitik wieder an unsere Verfassung binden. Dies ist wohl nötiger denn je, weil internationale Verträge immer mehr Einfluss auf innenpolitische Gegebenheiten und das Leben von Menschen und die Tätigkeit von Unternehmen haben - die unübersichtliche Flut internationaler Vorschriften erodiert die Rechtssicherheit deutlich stärker als die eine oder andere angenommene Initiative alle paar Jahre.

Und es wird uns niemand als Paria behandeln weil wir uns als reife und stabile Demokratie an die eigene Verfassung halten.

Dr. Dimitrios Papadopoulos, Rheinfelden